Nr. 295 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 10

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
B vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M. frei ins Haus, portos. zahlbar. Postbezug Monatlich 10.— M. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.0 M. für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen in Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz, — Angehörige in die Postzeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Arbeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 11. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

Müller mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Genossen Hermann Müller mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Der Reichskanzler wird sich noch im Laufe des Tages mit dem Reichstagsabgeordneten Crispien von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Verbindung setzen.

Es handelt sich dabei um einen formalen Vorgang, wie es in allen parlamentarisch regierten Ländern üblich ist. Es ist nun Sache des bisherigen Reichskanzlers, die Stellungnahme der einzelnen Parteien, einschließlich seiner eigenen, der sozialdemokratischen, zu erkunden, und je nach dem Ergebnis wird er dann das neue Kabinett bilden oder aber seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen.

Da sich die neuen Fraktionen des Reichstags noch nicht konstituiert haben, ist mit einer raschen Lösung der Krise nicht zu rechnen. Erst die nächste Woche dürfte Klarheit bringen.

•

Zu den gestern hier wiedergegebenen Forderungen der „Freiheit" bemerkt das demokratische „Berliner Tageblatt" kurz, auf unmögliche sozialistische Experimente könne sich bei den schwererschütterten wirtschaftlichen Verhältnissen keine bürgerliche Partei einlassen. Die gleichfalls demokratische „Morgenpost" meint, die Unerfüllbarkeit dieser Forderungen sei auch den Unabhängigen selbst klar, sie seien zum Teil „in ihrer Einseitigkeit selbst für die Sozialdemokratie unannehmbar", zum Teil wie die Durchführung der Sozialisierung nicht im Handumdrehen zu erfüllen.

Die demokratische Presse zeigt durch diese Stellungnahme eine stark kapitalistische Orientierung und eine sehr geringe Elastizität des Denkens. „Unmögliche sozialistische Experimente" wollen wir auch nicht, nach unserer Meinung muß in jedem Einzelfall geprüft werden, wie die Ueberführung bestimmter Betriebszweige in die Gemeinwirtschaft ohne auch nur zeitweilige Schädigung der in ihnen Beschäftigten und ohne auch nur zeitweilige Verminderung der Produktion durchgeführt werden kann. Aber es scheint uns auch dringend notwendig, das Monopol des Großgrundbesitzes und des Großkapitals zu brechen, und wir sehen nicht, welchen Grund die Demokraten haben sollten, sich auf alle Fälle von vornherein schützend vor die pommerschen Agrarier und vor Stinnes u. Co. zu stellen. Die Wahlen haben nur zu deutlich gezeigt, wie diese wirtschaftlichen Mächte politisch kämpfen, um sich ihre gebietende Stellung in der Wirtschaft auch weiterhin zu sichern. Mehr denn je ist es daher eine Forderung des Tages, daß durch eine umsichtige, volkswirtschaftlich praktische Sozialisierung in diesen Privilegienwall Bresche geschossen wird.

Die demokratische Presse zeigt kein Verständnis dafür, was es politisch bedeutet, wenn die Unabhängigen ihre prinzipielle Ablehnung jeder Teilnahme an der Regierung aufgeben und ihre Teilnahme von bestimmten Forderungen abhängig machen. Hätte sie recht mit der Mutmaßung, daß die Forderungen nur ein Vorwand sein sollen, um sich auf die Ablehnung zurückzuziehen, so wäre es erst recht ungeschickt, diese Forderungen ohne Diskussion abzulehnen.

Wenn die Demokraten meinen, daß in den nächsten vier Jahren ohne „sozialistische Experimente" regiert werden muß, dann müssen sie die Konsequenz daraus ziehen und auf eine Koalition mit Sozialisten verzichten. Wenn sie den Großgrundbesitz und das Großkapital schützen wollen, so ist ihr Platz nicht neben der Sozialdemokratie, sondern neben der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Mögen sie dann in eine bürgerliche Regierung eintreten mit der Absicht, unmögliche reaktionäre Experimente zu verhindern.

Im übrigen ist nicht zu vergessen, daß es sich einstweilen nur um einen Vorschlag der „Freiheit" handelt, dem sich die Fraktion der Unabhängigen noch nicht angeschlossen hat. Wie sich diese entscheiden wird, steht dahin, jedenfalls aber wird die Stellungnahme der demokratischen Presse der äußersten Linken sehr gelegen kommen.

Die „B. Z. a. M." setzt der Sache die Krone auf, indem sie meint, wir hätten „die bisher stets vertretene Ueberzeugung preisgegeben, daß ein Zusammengehen mit den Unabhängigen nur auf dem Boden der Demokratie, nicht der Diktatur irgendeines Volksteiles, sei es auch die des Proletariats in Betracht kommen kann".

Die „B. Z. a. M." sollte die Güte haben, erst zu lesen, bevor sie schreibt. Für den Nachweis, daß wir diese Ueberzeugung preisgegeben haben, sei hiermit die höchste Prämie ausgesetzt.

•

Einige Blätter der Reaktion glauben in ihrer heutigen Morgenausgabe eine leichte Klärung der gegenwärtigen Krise in Deutschland feststellen zu können. Sie bringen zum Abdruck, das offenbar für die Parteien der Linken eine ganz besonders werbende Anziehungskraft besitzen soll. Die „Post" rühmt denn auch, daß sich die beiden Rechtsparteien „als erste gänzlich auf den Boden der tieferen, staatsmännischen Einsicht gestellt" haben. Der Schlußsatz der deutschnationalen Auslassung lautet:

Es kann also festgestellt werden, daß die Deutschnationalen bereit sind, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammengehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden für die praktische Wiederaufarbeit finden läßt.

Diese scheinheilige und lammfromme Erklärung stellt den Höhepunkt deutschnationaler Unwahrhaftigkeit und Unredlichkeit dar. Was bedeutet diese „Zurückstellung verfassungspolitischen Wünsche?" Als die Koalitionsparteien, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum dem durch die verbrecherische Kriegspolitik in seinen Grundfesten wankenden Reiche in Weimar die Verfassung gaben, da versagten dieselben beiden Rechtsparteien dem Vaterlande in der Stunde der höchsten Not die Gefolgschaft, indem sie das Staatsgrundgesetz einstimmig ablehnten. Wenn Deutschland heute sich einigermaßen der angeblich von den Rechtsparteien so heiß ersehnten Ordnung, Ruhe und Sicherheit erfreut, so verdankt es dies eben jener Verfassung, deren Zustandekommen die geschlossene Reaktion mit allen Mitteln zu Fall zu bringen suchte. Uebrigens ist auch die oben zitierte Formulierung vorsichtig genug, denn auf die Frage „Zurückstellung — wie lange?" kann doch wohl ehrlicherweise nur geantwortet werden: Solange, bis der von der Reaktion heiß ersehnte Militärdiktator die ihr einzig und allein genehme Verfassung dem Volke diktiert.

Die „Germania" glaubt, zur Lösung der Krise beitragen zu können, indem sie den infolge schlechter Bewährung eine Zeitlang in den Winkel gestellten Burgfrieden wieder aus der Ecke hervorholt. Sie schreibt:

Eine Regierung der Mitte, die wenigstens mit einem großen Teil der Rechten im Burgfrieden lebte, würde der radikalen Linken gegenüber eine ausreichend gesicherte Stellung zu behaupten in der Lage sein und zugleich eine innere Annäherung der auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsverhältnisse stehenden Parteien — und als solche scheint sich die Deutsche Volkspartei entwickeln zu wollen — anbahnen können.

In diesen Ausführungen sind schwere Irrtümer enthalten. Die Politik der Rechten gegenüber kann niemals eine von „burgfriedlichen" Erwägungen bestimmte sein, das hat die Haltung der Deutschnationalen den Mittelparteien im bisherigen Reichstage gegenüber zur Genüge bewiesen. Ebenso irrig ist die Auffassung von der scheinbaren Entwicklung der Deutschen Volkspartei zu einer auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsverhältnisse stehenden Partei. Die Deutsche Volkspartei tut als ob, aber sie ist nicht. . . Das bezeichnet zugleich den großen Unterschied zwischen einer Entwicklung — die wir abstreiten — und zwischen einer taktischen Einstellung auf die durch die augenblickliche Verlegenheit gebotenen Notwendigkeiten. Wenn die Deutsche Volkspartei wie ihre reaktionären Schwester ihre Verfassungswünsche zurückstellt, so gleicht sie hierin dem Fuchs, dem die Trauben zu sauer sind.

In der gestrigen Sitzung des demokratischen Parteivorstandes ging die übereinstimmende Auffassung aller Vorstandsmitglieder dahin, daß die gegenwärtige Lage durch die maßlose Agitation der bisherigen Oppositionsparteien, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei verschuldet ist. Auf diesen Parteien liegt in erster Linie die Verantwortung für die heutige Situation. Sie mögen jetzt Wege finden, auf denen sie ihre Wahlversprechungen erfüllen und der Republik eine aktionsfähige Regierung schaffen können.

Die Reichspräsidentschaft.

Der „Lokalanzeiger" behauptet, von unterrichteter Seite zu hören, der Reichspräsident Ebert denke nicht noch einmal für die Präsidentschaft zu kandidieren, besonders weil sich gewisse Widerstände innerhalb seiner Partei geltend gemacht hätten. Es handelt sich bei dieser Meldung um eine reine Kombination ohne jede tatsächliche Unterlage; weder die Sozialdemokratische Partei noch der Reichspräsident haben sich mit dieser Frage befaßt, der zurzeit keine aktuelle Bedeutung zukommt.

Reichstagswahl - Gemeindewahl

6. Juni — 20. Juni.

Von Franz Krüger.

Der Reichstagswahl folgt am Sonntag, den 20. Juni, die Wahl der Groß-Berliner Stadtverordneten und der Bezirksverordneten. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung kann sich in ihrer Bedeutung durchaus gleichwertig an die Seite der meisten einzelstaatlichen Parlamente Deutschlands stellen, ihre Zusammensetzung ist also für die Zukunft Groß-Berlins und seiner Bevölkerung von größter Wichtigkeit. Das Interesse und die Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl darf daher unter der politischen Erschlaffung, die naturgemäß nach Abschluß der Reichstagswahl eingetreten ist, unter keinen Umständen leiden.

Die Reichstagswahl hat auch in Berlin den Parteien der bisherigen Regierungskoalition und besonders der Sozialdemokratie einen erheblichen Stimmenverlust gebracht. Demgegenüber haben die Rechtsparteien und die unabhängige Partei einen starken Zuwachs an Stimmen erhalten. Von beiden Seiten wird dieser Sieg mit großen Worten gefeiert. Aber je mehr sich die Notwendigkeit bemerkbar macht, zu den praktischen Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die Zusammensetzung der Regierung usw. Stellung zu nehmen, sieht man ein gewisses Unbehagen der „Sieger" sich immer stärker bemerkbar machen. Von Tag zu Tag wissen sie immer weniger, was sie mit ihrem Siege anfangen sollen.

Die „Freiheit" brachte am Montag über den Wahlresultaten im Fettdruck: „Vormarsch der Unabhängigen. Stärkung der Reaktion." In diesen Worten liegt ein tiefer Sinn, der die politische Situation blitzartig beleuchtet, und mit dem die „Freiheit" unfreiwillig das Wahlergebnis treffend gekennzeichnet hat. Der Vormarsch, der „Erfolg" der Unabhängigen, findet seinen wichtigsten und folgenschwersten Ausdruck in der Stärkung der Reaktion.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen und mit den angewandten Agitationsmitteln einen Wahlerfolg zu erzielen, war kein Kunststück. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei auf der einen und Unabhängige auf der anderen Seite hatten ja ihre ganze Agitation darauf eingestellt, die bisherigen Koalitionsparteien und besonders die Sozialdemokratie für alles verantwortlich zu machen, worüber bei irgendeiner Bevölkerungsgruppe Unzufriedenheit bestand. An die niedrigsten Instinkte wurde appelliert, und es störte diese Oppositionshelden auch nicht, daß sie die bisherige Regierung mit diametral entgegengesetzten Argumenten bekämpften. Wie ein Hohn mutet es geradezu an, wenn die „Freiheit" am Dienstag früh schreibt:

„So dürfen wir ohne Ruhmredigkeit behaupten, daß der große Erfolg unserer Partei durchaus der Zunahme des revolutionären Bewußtseins und der sozialistischen Erkenntnis in den Massen selbst zu verdanken ist. Unsere Wahlarbeit war vor allem darauf angelegt, die prinzipiellen Grundsätze des Sozialismus in den Vordergrund zu stellen. Denn nicht Wähler zu gewinnen, sondern sozialistische Kämpfer in unsere Partei einzureihen, war unser Ziel."

Schimpfereien über „Noskepolitik", über angebliche Stärkung des Kapitalismus durch die Sozialdemokratie usw., das war die „Hervorkehrung der prinzipiellen Grundsätze des Sozialismus" durch die U. S. P. Rechts und links versprach man den Wählern, daß alles besser werden würde, wenn die Opposition zur Herrschaft kommen würde. Dabei versprachen die Rechtsparteien eine starke nationalistische und kapitalistische Politik mit einer festen Hand gegen die Arbeiter und die Unabhängigen die Diktatur des Proletariats, die von dem größten Teil der politisch völlig indifferenten unabhängigen Wähler so aufgefaßt wird, daß sie, insbesondere in den Betrieben, nach Belieben schalten und walten können.

Die Entscheidung des deutschen Volkes hat den Rechtsparteien stark ein Viertel und den Unabhängigen noch nicht einmal ein Fünftel der Gesamtstimmen gegeben. Gegen beide sich schroff widersprechende Oppositionsrichtungen hat sich die überwältigende Mehrheit des Volkes erklärt. Aber sie haben wenigstens durch ihr Handinhandarbeiten erreicht, daß die bisherige Koalitionsmehrheit nicht imstande ist, weiter die Regierung zu bilden.

Rechtsparteien und Unabhängige [illegible] sich krampfhaft, das Ergebnis der Reichstagswa[illegible] ein Volksgericht über die bisherige Koalitionspolitik ha[illegible]len. Es könnte also nichts näher liegen, als daß nun diese Oppositionsparteien nach ihrem „glänzenden Erfolge" ihrerseits die Regierung übernehmen und nun dem deutschen Volke, das ihnen nach ihrer Meinung das Vertrauen ausgesprochen hat, durch die Tat zeigen, was sie können. Wie steht es aber damit? Rechts- und Linksparteien sind sich nur in der Opposition gegen die bisherigen Regierungsparteien einig, in allen anderen Fragen stehen sie sich in schärfstem Gegensatz gegenüber und heben sich somit politisch

auf. Deshalb bemühen sich die Rechtsparteien eifrig, in die Koalition der von ihnen aufs schärfste bekämpften bisherigen Regierungsparteien hineinzukommen, während die Unabhängigen überhaupt jede positive Mitarbeit in der Regierung ablehnen.

So stehen die unabhängigen Wähler vor der Tatsache, daß die Partei, der sie ihre Stimme gegeben haben, damit eine bessere Politik getrieben werden soll, gar nicht daran denkt, nun etwas zu tun, sondern sich nach wie vor auf die bequeme Tätigkeit des Redenhaltens in der Opposition beschränken will. Wenn die Unabhängigen auf diesem Standpunkt stehen bleiben, so besteht die große Gefahr, daß auch in der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung sich ein ähnliches Bild ergibt, und daß auch dort eine regierungsfähige Mehrheit infolge des Widerstandes der Unabhängigen nicht gebildet werden kann. Was soll dann aber werden? Wollen sich die unabhängigen Wähler völlig ausschalten lassen? Soll der „revolutionäre" Kampf um den Sozialismus darin bestehen, daß den Beamten und den besoldeten Magistratsmitgliedern die Alleinherrschaft in der Stadtverwaltung übertragen wird? Diese Frage müssen sich alle Wähler am 20. Juni vorlegen. Die nationalistische und die scheinrevolutionäre Phrase haben am 6. Juni gesiegt. Aber dieser Sieg der Phrase bedeutet gleichzeitig den Zusammenbruch der hinter ihr stehenden Politik, deren ganze Unfähigkeit zu positiver Arbeit sich jetzt offenbart. Der 20. Juni bietet Gelegenheit, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen. Mögen die Groß-Berliner Wähler zeigen, daß ihre politische Urteilsfähigkeit doch größer ist, als die Herren von Rechts und Links glauben.

Die Stimmungswahl vom 6. Juni muß durch eine Wahl der politischen Ueberlegung am 20. Juni korrigiert werden. Wer daher die Volksmassen zum bestimmenden Faktor der Groß-Berliner Kommunalpolitik machen will, der muß für die Partei der positiven sozialistischen Arbeit, die S. P. D., stimmen.

Nachschrift der Redaktion: Der vorstehende Aufsatz war geschrieben, nachdem die Unabhängigen die Parole ausgegeben hatten: „Wir haben gesiegt — jetzt muß Helfferich die Regierung übernehmen!" Die „Freiheit" hat inzwischen die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes eingesehen und die bekannten Bedingungen für den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung aufgestellt. Dadurch wird aber nichts an der Tatsache geändert, daß der Sieg der Unabhängigen sich zunächst als ein blendender Erfolg der Reaktion ausgewirkt hat. Die Groß-Berliner Arbeiterwähler werden sicher gut tun, aus dieser Tatsache ihre Lehren zu ziehen und am 20. Juni der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimmen zu geben.

Sozialistische Regierung in Braunschweig.

Obstruktion der Rechtsparteien.

Braunschweig, den 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die U.-S.-P.-D.- und die S.-P.-D.-Fraktionen des Braunschweiger Landtages haben beschlossen, zusammen eine Regierung zu bilden. Es ist von ihnen folgendes gemeinsame Programm festgesetzt worden:

Um dem Willen des Volkes, wie er bei den Landtagswahlen vom 16. Mai 1920 zum Ausdruck gelangte, Rechnung zu tragen, vereinbaren die Landtagsfraktionen der S. P. D. und der U. S. P. D. folgende Herren zu Ministern zu wählen: Von der U. S. P. D. Oerter, Junke, Siewers, von der S. P. D. Steinbrecher, Antrick. Ferner vereinbaren die beiden Fraktionen folgendes: Das Erfurter Programm soll die Grundlage des Zusammengehens beider sozialistischer Parteien bilden. Sie kämpfen nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller. Ein Eintreten für die sofortige politische Räteherrschaft oder die Vor- und Gewaltherrschaft einer Minderheit ist in Braunschweig ausgeschlossen. Ein politisches Rätesystem kann in Deutschland nur durch den Mehrheitswillen des Volkes eingeführt werden, nachdem die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat.

Die Parteien verwerfen jede gewaltsame Putschtaktik und treten ein für volle Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Für die positive Arbeit im Ministerium sollen im allgemeinen die Grundsätze als Richtlinien gelten, wie sie in der Braunschweiger „Freiheit" vom 29. April 1920 unter 1 bis 12 zusammengefaßt sind, soweit sie dem Erfurter Programm nicht widersprechen und gegenwärtig zu verwirklichen sind. Die Beschlüsse des Ministeriums sollen wie üblich kollegial gefaßt werden. Annahme, Anstellung und Entlassung von Hilfskräften und Beamten sollen nur in Uebereinstimmung beider Teile stattfinden. Die Kritik an Handlungen und Unterlassungen der Parteiorgane, der parlamentarischen Vertreter der Parteien und ihrer Minister ist nur in Formen auszuüben, die dem angegriffenen Teil eine sachliche Auseinandersetzung ermöglichen. Bekanntes sind keinerlei persönliche Anschuldigungen öffentlich zu erheben, bevor der Anschuldiger sich von deren Richtigkeit überzeugt und alle Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen, auch Gelegenheit gegeben war, daß der Angegriffene sich über die Anschuldigung äußert. Wahrheit, Recht und Sitte sollen die Grundlagen für das Betragen der Mitglieder beider Parteien sein.

Die Bildung der Regierung kam nicht zustande, da die rechtsstehende Parteigruppe, der Landeswahlverband, Obstruktion trieb und den Landtagsbeschluß unmöglich machte. Der Vertreter des Landeswahlverbandes, der frühere Justizminister Hampe, gab die Erklärung ab, daß seine Partei mit allen, auch den stärksten Mitteln gegen die Bildung einer sozialistischen Regierung ankämpfen würde. Nachdem auch heute der Landeswahlverband den Landtagsbeschluß unmöglich machte, ist der Landtag bis zum Dienstag vertagt worden, um die Entwicklung der Verhältnisse im Reich abzuwarten. Die alte Regierung, die aus drei Sozialdemokraten und einem Demokraten besteht, will infolge des Ausfalles der Landtagswahl die Verantwortung nicht länger tragen. Deshalb ist eine Entscheidung nötig, aber die sozialistischen Parteien haben nur zwei Stimmen über die Mehrheit, während ein Drittel der Abgeordneten genügt, um durch Fernbleiben jeden Beschluß unmöglich zu machen. In dem obstruierenden Landeswahlverband ist die — Stinnespartei die stärkste. Sie hat von 23 Mandaten des Verbandes 13 inne. Sie ist also verantwortlich dafür, wenn in Braunschweig ein gesetzloser Zustand eintritt.

Die Wahlen in Schlesien.

Aus Breslau schreibt man uns:

Wahlkampf und Wahlausgang zeigen in Schlesien ein von dem übrigen Reiche etwas abweichendes Verlauf. Darauf deutet schon die Tatsache hin, daß in keinem der beiden großen schlesischen Wahlbezirke die Stimmen der Unabhängigen hinreichten, ein Mandat zu erobern. Erst durch Zusammenzug erreichten sie ihren einzigen schlesischen Sitz. Auf der anderen Seite ist es unserer Partei gelungen, in Mittelschlesien 5 Sitze von bisher 6 zu behaupten, in Niederschlesien 3 von bisher 4. Der Verlust ist also erträglich. Dabei fehlten es auch bei uns die Unabhängigen am Kampfe gegen die alte Partei nicht fehlen. Der Erfolg blieb ihnen versagt, weil sie nicht über eine gut verbreitete Presse verfügen und weil die alte sich bei uns auch [illegible] Fehler der eigenen Politik einzugestehen, sachlich zu kritisieren und auf Abhilfe zu dringen. Seit einem Jahr hat die Breslauer Organisation auf die schweren Täuschungen und Mißgriffe der Noskyschen Politik hingewiesen und bei der Kandidatenaufstellung Schlüsse daraus gezogen, die vielleicht über den Rahmen der zulässigen hinausgingen, indem man verdiente Genossen fallen ließ, die man für diese Politik, die beim Kapp-Putsch bankerott gemacht hatte, mit verantwortlich machte. Auf diese Weise ist leider auch Genosse Sachse aus dem Reichstag ausgeschieden, der sich in einem anderen Wahlkreis nicht um ein Mandat bemüht hatte; zweifellos ein Verlust für die Fraktion und ein Akt persönlichen Undanks.

Gleich verheerend wie im Reich hat der Wahlausfall auch bei uns unter den Demokraten aufgeräumt. Statt zu vieren kehrt nur einer von ihnen in den Reichstag zurück. Die Breslauer „demokratische" Presse hat sofort daraus die Konsequenzen gezogen und die Fahne nach dem Winde gedreht. Die „Morgenzeitung", die eine zeitlang ehrliche demokratische Politik gemacht hatte, setzte zwei Tage nach der Wahl ihren bisherigen Chefredakteur hinaus und versprach dem erzürnten Wähler eine gut bürgerliche Politik, die „Breslauer Zeitung", schon immer eine gefällige Dienerin des Kapitals, brachte es fertig, einen Tag nach der Wahl den eigenen Kandidaten Dr. Köbisch wegen seines Radikalismus schwer zu beschimpfen und das dritte sich überall gebärdende Organ, die „Neuesten Nachrichten" war schon in den Wahlwogen der Träger der volksparteilichen Propaganda gewesen — alle drei Organe liefern ein trauriges Bild der Kapitalsabhängigkeit unserer bürgerlichen Presse. Herr von Rheinbaben hat sein mit vielen Geldmitteln erkauftes Mandat errungen.

Die Deutschnationalen bekommen im Wahlkampf den Widerspruch der arbeitenden Massen in recht fühlbarer Weise zu spüren und haben auch zahlenmäßig keine besonderen Erfolge erzielt. Das Zentrum tauscht seinen Arbeitervertreter Grunau in einen agrarischen Gutsbesitzer um und konnte trotzdem den Verlust von 15 000 Stimmen nicht hindern — bei den bürgerlichen Parteien stand auch in Schlesien die Wetterfahne nach rechts. Nur Herr Gothein, der Mann mit den demokratischen Extratouren, ist obenauf, er beweist, daß Erzbergers sozialistische (!) Steuerpolitik an dem Unglück schuld ist und wird hoffentlich jetzt im Bürgerblock den Beweis liefern, wie man die Not unseres Landes mit indirekten Steuern heilt. Dafür ist dieser seltsame „Demokrat" ja seit längerer Zeit eingetreten. —(e)

Ein entlarvter Spitzel.

Wie die Arbeiterschaft zersplittert wird.

Kassel, 11. Juni. Wie die Kasseler unabhängige „Hessische Arbeiterzeitung" mitteilt, hat der ehemalige Führer der Kasseler Offizierskompagnie, Oberleutnant Maraun, jetzt eins der Häupter der Deutschen Brüderschaft, der Nachfolger in der Offizierskompagnie, einen Gärtner Karl Marbach, wohnhaft in Kassel, beauftragt, als Spitzel in die U. S. P. einzutreten und die „Gesinnung und Stimmung gegen die Offizierskompagnie" zu erkunden. Marbach machte sich auch sofort an den unabhängigen Parteisekretär Lüpnitz heran und bot diesem am Montag abend an, für eine Summe von 250 M. den Oberleutnant Maraun, den Leutnant Weisborn und einen die Deutsche Brüderschaft mitführenden Baron um die Ecke zu bringen. Lüpnitz bestellte den Spitzel Marbach für den nächsten Tag zu sich und sagte ihm noch inzwischen angestellten Ermittelungen glatt auf den Kopf zu, daß er ein Lockspitzel sei, der unschuldige Leute zur Mordanstiftung verführen solle. Nach längerem Sträuben gab Marbach zu, von dem Oberleutnant Maraun 100 M. erhalten zu haben und bei der Zeitfreiwilligenkompagnie zu sein, von der er täglich 15 M. erhalte, um die U. S. P. und vor allem die führenden Leute auszuspionieren. Lüpnitz ließ Marbach darauf sofort verhaften und übergab die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft.

Neuer Erzberger-Prozeß. Der Beleidigungsprozeß, den der Abgeordnete Erzberger gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung", Dr. Bück, angestrengt hat, und der zunächst im Juni verhandelt werden sollte, soll, wenn nicht irgendwelche Zwischenfälle eintreten, am 9. Juli beginnen. Da für die Führung des Wahrheitsbeweises ein sehr umfangreiches Material beigebracht werden soll, so wird der Prozeß sich bis in die Gerichtsferien hinziehen. Die im Helfferich-Prozeß zur Erörterung gelangten Vorgänge dürften zum zweitenmal das Gericht beschäftigen. Dr. Helfferich wird diesmal mit als Zeuge auftreten.

S. M. der Kleinbürger.

Von Artur Zickler.

Der Kleinbürger ist der heimliche und unheimliche Kaiser von Deutschland. Von Seinen Gnaden ist Monarchie und Republik, Krieg und Frieden, Revolution und Gegenrevolution. Von Seiner Gnaden drähnen die Welten der Schöpfung, wie die Welten der Parlamente; auf dem Boden Seiner beharrlichen Unzulänglichkeit ruhen die Pfeiler der Ordnung des ewigen Betrugs, der Kultur technisch organisierter Barbarei, der Erhaltung sogenannter heiliger Güter. Sein ist das Reich der Phrase, die Kraft der Lüge, die Brutalität der Instinkte, die Herrlichkeit des Profits in Ewigkeit Amen. Von Seinen Gnaden lebt der Liebe Gott dreier Fakultäten, dessen Namen Er auf seine Geschäftsbücher schreibt, dessen allgegenwärtiges Auge Seine Geldschränke schützt, dessen erhobener Finger, umwittert von der majestätischen Gewalt des Bürgerlichen Gesetzbuchs, vor jeder Portokasse ragt.

Auf Seine Gattheit bauen Könige ihre Throne, Priester ihre Altäre, auf Seine Angst Banner ihren Ruhm, Demagogen ihre Parteien, auf Seine Bestialität Generale ihren Ehrgeiz und Industriekapitäne ihren Hyänenfeldzug auf. Von Gnaden Seiner Sentimentalität leben Dichter, die Seine Ahnen verhungern ließen, ein ruhmvolles Leben in der Nachwelt weiter, feiern Künstler und Tänzerinnen den schalen Traum eines anderen Lebens. Seine der Heiligkeit der Ehe zum Trotz allständhafte Mode bevölkert die Bezirke des Menschenhandels.

Drum laßt Ihn uns drehen und wenden, daß wir Ihn erkennen, Seiner nicht spotten, fürchtig werden und untertan seiner Obrigkeit!

•

Er ist das Kind der Gewohnheit in den Betten der Legitimität. Seine Mutter ist nur in der Stunde Seiner Geburt ein einfacher Mensch; Seines Vaters Augen schimmern dann jenen ungerechtfertigten Stolz, der auch Ihn später auszeichnen wird. Ueber Seiner Wiege rauscht der Flügelschlag eines tüchtigen Schutzengels den Höhenflug der Sechshaftigkeit und der gesicherten Position. Seine luftgierige Faltenhaut wird in sieben behänderte Hüllen verpackt, auf daß die Düfte in Ihm bleiben. Er wächst und gedeiht an den Brüsten einer Amme; denn Sein Vater kann es bezahlen. Affenliebe schwemmt Ihm die Glieder mit Extrakten, leckt ihm das Gesicht und singt Ihm das Abendlied. So lernt er die Umwelt bestaunen, deren sinnvolle Erhabenheit Sein ganzes Leben besolden wird: Tanten aus der Daunenkiste, Kaffeesilber, Nippsachen, Trumeauspiegel, Metzgeldaten, Neuruppiner Bilderbogen, Weinscheren, Gummikissen, Wärmflaschen, Klistierspritzen, Gottessegen, Lärmtrompeten, Luftballons, Vater in Uniform, Sonntagsanzüge und das Stammgasthaus.

Er überwindet das Selbstbildchen und erhält dafür eine Weltanschauung, deren erster und grundlichster Satz lautet: Stoa sein ist alles! Die anderen folgen später. Fürs erste genügt dieser, sofern er Ihn von der Kehrseite her mit der nötigen Eindringlichkeit zur Ueberzeugung gemacht worden ist. Hat er gelernt, mit gewissen Kindern nicht zu spielen und mit dem rechten Heiligenschein Hänschenklein zu flennen, wird Er erst die Schule [illegible] und begreift dann schon, daß ein Mensch ohne Stupf weniger verhängnisvoll ist als ein Punkt unterteilt über dem i.

•

Wir entnehmen diese Huldigung einem gesellschaftssatirischen Buche Artur Zicklers, das demnächst unter der Aufschrift „Weiße Kleinbürger" erscheinen wird. Das hier Abgedruckte stellt die Ouverture des „Kleinen Heldenbuchs der Gegenwart" dar.

Die Kunst in Sowjet-Rußland. Im Pariser „Bulletin de la Vie artistique" äußert sich einer der bekanntesten Sammler der alten Rußland, M. Morosow über die Lage der bildenden Künstler in Sowjet-Rußland. Morosow war vor der Bolschewisten-Revolution Großindustrieller, der 10 000 Arbeiter beschäftigte. Als Kunstliebhaber unterhielt er eine der größten privaten Sammlungen Rußlands, die dann von den Bolschewisten nationalisiert wurde. Man stellte Morosow als Direktionsassistenten an mit der Aufgabe, den Besuchern des Museums Vorträge zu halten. Ueber die Behandlung der Künstler erzählt er:

„Die Künstler wurden von der Regierung als Arbeiter betrachtet, die notwendige und nützliche Arbeit zu produzieren. Infolgedessen fanatten sie sich leicht ihren Lebensunterhalt beschaffen. Es bildete sich eine Vereinigung, die die höchste künstlerische Kraft umfaßte. Zu diesem Kreis gehörte auch Maslow und die Malerin Dimdow Tolstoi. Diese Gruppe ist der Société des Artistes Indépendants vergleichbar. Es gibt keine Jurierungskommissionen, keine Preise. Dieser Künstlerbund verfügt über reichliche Unterstützungsgelder der Regierung, die Ausstellungen und Säle gestatten. Im Winter 1919/19 hat dieser Künstlerbund nicht weniger als 10 Ausstellungen veranstaltet. Jede dieser Ausstellungen vereinigte Künstler verschiedener Richtungen. Die Maler der Rechten haben ebenfalls eine Vereinigung gebildet; aber die gedeiht nicht recht, die Regierung steht ihr gleichgültig gegenüber. Viele von den „Jüngsten" sind zu Lehrern ernannt worden. Im Wettbewerb mit ihnen haben die alten Malereilehrer ihr Amt weiter. Die neuen Malkurse sind sehr besucht; denn die Künstler haben vollständige Freiheit in der Wahl ihrer Lehrer, und die meisten verzichten mit Wonne in Rußland, wie überall, auf die akademische Routine. Einige junge, abenteuerlustige Künstler sind in die Provinz ausgewandert, z. B. nach Saratow, um dort Zentren künstlerischer Propaganda zu schaffen. Das war für das Museum nicht ganz ungefährlich. Eines Tages kam ein Kommissar einer Provinzstadt, die keinen Maler hatte und keinen Lehrer besaß, und wollte einen in Moskau requirieren, da wir sie doch im Ueberfluß besaßen. Ich mußte das Museum ernsthaft gegen seine Ansprüche verteidigen. Ich wandte mich mit Erfolg an den angesehenen Maler und Kunsthistoriker Igor Grabar, die rechte Hand von Frau Trotzki. Diese setzte ein Komitee, dessen Betätigungsfeld sich am besten durch ein Beispiel kennzeichnen läßt. Mehr als einmal mußte man befürchten, daß Volksaufstände oder Truppenbewegungen die Sicherheit von Kunstwerken gefährden könnten. Das Komitee der Frau Trotzki hatte die Aufgabe, die Kunstwerke zu sichern, sie wissenschaftlich zu ordnen und sie auszustellen. Ungeahnte Wunderwerke kamen zutage.

Morosow rühmt, was Lunatscharski, der Volkskommissar für Unterricht und Kunst, in dieser Hinsicht getan. Er bestreitet, daß irgendwo in einem russischen Museum Kunstfeindliches geschehen sei. Die zur Zeit der Bedrohung Petersburgs aus der Eremitage nach Moskau gebrachten Werke warten jetzt im Kreml auf ihre Rückbeförderung. Es wäre natürlich eine große, an ein Wunder grenzende Leistung, wenn in einem von schwersten Wirren durchwühlten Lande der Kunstbesitz in der Weise, wie Morosow berichtet, ohne Schaden geblieben wäre. Man vermißt in seinem Bericht eine Auskunft darüber, was aus anderen berühmten großen Privatsammlungen, die es in Rußland gab, geworden ist.

Ein Fortschritt der Telephonie und Telegraphie. Wie berichtet wird, ist es dem Ingenieur Karl Pape in Berlin-Südende gelungen, ein neues System zu schaffen, um Nachrichten, Signale oder dergleichen gelinweise aufzubewahren und wiederzugeben. Es handelt sich um eine wesentliche Verbesserung des Telegraphons, das von dem dänischen Ingenieur Poulsen vor einigen Jahren erfunden wurde. Ein Telegraphon wird, ausgerüstet mit den Neuerungen, ferner in Verbindung mit dem inzwischen vervollkommneten Kathodenverstärker, nicht nur für die Zeitungs-, insbesondere für die drahtlose Telephonie und Telegraphie zu hoher Bedeutung gelangen.

Theater. Die Erstaufführung des Schwankes „Die drei Ringlinge" von Toni Impekoven und Karl Mayern im Neuen Volkstheater ist auf den 16. Juni verschoben worden.

Die Oper der Vierzigtausend, die Berliner Große Volksoper, erfreut sich heute schon mehr als 400 Vorbestellungen, um die Zeichnung von Aktien zu fördern. Die Aktionäre erhalten schon jetzt wesentliche Vergünstigungen bei den verschiedenen Veranstaltungen.

Die Kindländergebühren an preußischen Hochschulen sind nach einer nunmehr erfolgten Bestimmung des Kultusministeriums erhöht worden. Sie müssen in Gold entrichtet, können aber der Zahlung entsprechend auch in Scheinen geleistet werden. Auf das Doppelte erhöhen sich die Gebühren für Ausländer aus Staaten mit einer für das Deutsche Reich günstigen Valuta.

Die Ausstellung deutscher Expressionisten in Darmstadt wurde Donnerstag mit Ansprachen von Kasimir Edschmid, dem Programmatiker des literarischen Expressionismus, wie vom Reichskunstwart Redslob eröffnet.

Der unberechenbare Preis. Tu-Ette erzählt: „Wenn Deine Mutter vier Pfund Bohnenkaffee kaufen wollte und für jeden Zweig neun Pence bezahlen müßte, wieviel würden ihr die vier Pfund zusammen kosten?" fragte der Lehrer einen Schüler. — „Das kann man nicht ausrechnen", antwortete die Antwort, „denn Mutter versteht sich riesig gut aufs Handeln."

Die Reichsschulkonferenz.

„Von Menschen wimmelnd wächst der Bau" — in beängstigender Fülle drängen sich die zur 1. deutschen Reichsschulkonferenz berufenen Vertreter des „kulturellen" Deutschlands in den Sitzungssaal des Reichstags, dessen Bänke bei weitem nicht ausreichen, um die Zahl der Teilnehmer aufzunehmen, man hat sich mit Stühlen, die in allen Gängen stehen, geholfen. Alles, was in der Welt der Pädagogik und der Kulturpolitik einen „Namen" hat, ist vertreten, und um die Regierungsbänke scharen sich die Vertreter der amtlichen Kulturträger, der Ministerien für Wissenschaft und Volksbildung.

Kurz nach 10 Uhr eröffnet

Reichsminister des Innern Koch

die Tagung und führt in seinen Begrüßungsworten etwa folgendes aus:

Je länger diese Konferenz ersehnt worden ist, um so mehr ist es angebracht, vor einer Ueberschätzung der Möglichkeiten, die sich ihrer praktischen Arbeit bieten, zu warnen. (Sehr richtig!) Mit Stimmenmehrheit kann man keine wissenschaftliche Wahrheit festlegen. Wir sind hier nicht als Parteimänner, sondern als wissenschaftlich Strebende und Forschende. Das Ergebnis der Konferenz braucht darum nicht unbefriedigend zu sein. Der hier gepflogene Meinungsaustausch wird zum Ausgleich der Gegensätze beitragen; die Konferenz wird den Auftakt geben zu der großen Gesetzgebung, die in Jahren und Jahrzehnten auf dem Gebiete der Schule geleistet werden muß.

Ich bin nicht der Ansicht, daß das deutsche Bildungswesen von Grund auf schlecht gewesen sei. Aber wir sollen uns doch freuen, daß wir jetzt die Möglichkeit haben, Reformgedanken zu verwirklichen, die seit Jahrzehnten gefordert worden sind. Die Bahn ist frei, nicht zum wilden Weggaloppieren, sondern zu einem ruhigen und überlegten Fortschritt. Einem zu raschen Vorgehen stehen schon die finanziellen Hindernisse im Wege.

Gerade jetzt nach dem Wahlkampf ist es an der Zeit, daß wir uns wieder auf die

Gemeinsamkeit kultureller Arbeit

besinnen; hier ist am ehesten das einigende Band wiederzufinden. In den besonderen Aufgaben dieser Konferenz dürfte eine Uebereinstimmung wenigstens der großen Mehrheit möglich sein. Voran stelle ich die Notwendigkeit, den nationalen Gedanken zu pflegen. Unser Volk hat ein Recht, stolz zu sein auf den kulturellen Fortschritt, den es der Welt geschenkt hat. (Bravo!) Wir wollen unseren Kindern Ehrfurcht lehren vor der Größe der deutschen Nation. An zweiter Stelle steht die Pflege des Gemeinsinns: an die Stelle des Zwanges tritt die Pflicht, an die Stelle der befohlenen Unterwerfung die bewußte Einordnung in das große Ganze. Aber keine Parteipolitik in der Schule. Ich halte es mit Dr. Relling in der „Wildente": „Macht was ihr wollt — aber laßt mir das Kind in Frieden!" (Zustimmung.) Weiter muß die

Pflege der Arbeitsgesinnung

in der Schule mehr betont werden, der Segen und Erfolg eigenen Schaffens. Und endlich muß die Schule eine Stätte der Duldsamkeit sein. Die Schule hat die Aufgabe, die Weltanschauung des Elternhauses zu pflegen und zu vertiefen. Die Lösung dieser inneren Aufgaben erfordert eine Aenderung der Form der Schule. Aufstiegsmöglichkeiten für Begabte müssen geschaffen werden, auch wenn sie früh schon haben einen praktischen Beruf ergreifen müssen. Die Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens muß sichergestellt werden. Die Lehrerbildung muß auf eine einheitliche Grundlage gestellt werden. (Sehr richtig!) Hier können keine Gesetze helfen, wenn nicht alle Lehrer davon überzeugt sind, daß sie dieselbe Mission der Verseelung und Vergeistigung zu erfüllen haben.

An diesen Aufgaben lassen Sie uns arbeiten. Dann werden wir uns mehr Achtung auch vor anderen Völkern erringen als ein in Waffen starrender siegreicher Staat. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Heinrich Schulz

legt die Aufgaben der Konferenz dar. Die Regierung will keine bureaukratische Gesetzgebung vom grünen Tisch, sie wird sich auch nicht auf die einmalige Mitarbeit der Schulmänner beschränken. Aber einmal sollten alle berufenen Persönlichkeiten zusammenberufen sein zu dieser Sachverständigen-Konferenz. Hier sollen nicht durch künstliche Mittel künstliche Ergebnisse erzielt werden, sondern aus freiem, sachlichem Austausch der Meinungen sollen sich die Ergebnisse herausschälen. Die Schulkonferenz ist kein Parlament. Die Regierung würde es bedauern, wenn ein unsachlicher Nachhall politischer Parteifragen hier hineintöne. Die derzeitig im Gang befindliche

Umbildung der Regierung

kommt für die Konferenz nicht in Frage. Gegensätze sollen nicht verschleiert, sondern sachlich erörtert werden. Die Abstimmungen sollen der Regierung einen Schluß ermöglichen auf die Zahl der Anhänger der gutachtlichen Aeußerungen. Von Sachverständigen abgefaßte Protokolle über die Konferenz sollen neben den stenographischen Berichten der Regierung für lange Zeit Grundlage und Anregung geben und zur Auswertung der Ergebnisse der Tagung im einzelnen führen. Auf die Mitarbeit der Sachverständigen wird auch ferner nicht verzichtet werden. (Beifall.)

Unmittelbar nach der Rede des Unterstaatssekretärs Schulz setzt ein erstes Gewitterrollen ein, das auf einen harten Zusammenprall der auf der Konferenz vertretenen Gegensätze schließen läßt. Der Abg. Mumm betont namens seiner Gesinnungsfreunde, daß sie zwar in der Konferenz mitarbeiten wollten, aber Protest erhöben gegen diese Konferenz, die unter einer Regierung stehe, die dem Präsidenten ihr Portefeuille zur Verfügung gestellt habe. Er protestiert außerdem gegen die nach seiner Meinung willkürliche Besetzung der Ausschüsse. Ebenso erhebt Marx namens der katholischen Lehrervereinigungen und Schulorganisationen Protest und erklärt, daß die Abstimmungen kein Abbild der Anschauung des Gesamtvolkes abgeben könnten, er wünscht, daß auf Abstimmung überhaupt verzichtet werde.

Nachdem Reichsminister Koch hierauf erwidert hat, können die Referenten mit ihren Referaten beginnen.

Kerschensteiner, mit Beifall begrüßt, kann seine sachlichen Ausführungen in Ruhe zu Ende führen. Sehr lebhaft gestaltet sich aber die Situation wieder, als Direktor Binder vom Philologenverband das Wort zu seinen überaus reaktionären Darlegungen nimmt. Seine persönliche Polemik namentlich gegen Tews erregt Stürme des Widerspruches, so daß er

minutenlang am Weitersprechen verhindert

ist. Als letzter Referent nimmt Tews selbst trotz des einmal eingebrachten Protestes des Philologenverbandes das Wort.

Schluß um 12½ Uhr.

Demission des Kabinetts Renner.

Wien, 11. Juni. (T. U.) Staatskanzler Dr. Renner, die sozialistischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, haben in der vergangenen Nacht ihre Demission gegeben. Die Ursache der Krise liegt in schweren Differenzen zwischen den beiden Koalitionsparteien über die Verfassungsreform, die Vermögensabgabe und die Einführung von Soldatenräten in der neuen Armee.

•

Wien, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Presse benimmt sich noch sehr zurückhaltend. Insbesondere auch die christlichsoziale „Reichspost", was vielleicht daran liegt, daß die Mitteilung des Sozialdemokratischen Verbandes erst in später Abendstunde ausgegeben wurde. Die anderen bürgerlichen Blätter, soweit sie über die Krise schreiben, weisen auf den Ernst der Lage hin. Das „Neue Wiener Tagblatt" sagt, daß die gestrigen Vorfälle zu einer Krise des Staates führen können und wünschen, daß die Parteien das Staatswohl über die Parteileidenschaft stellen.

Schweizer Stimmen zur Wahl.

Berlin, 10. Juni. „Tribune de Lausanne" erklärt, angesichts der Schwierigkeiten, denen die letzte Regierung naturgemäß gegenüber gestanden habe, eine viel stärkere Niederlage der Mehrheitsparteien erwartet zu haben. Das Ausland müßte das Verschwinden der gegenwärtigen Koalitionsregierung bedauern, da diese Regierung trotz ihrer Schwäche unter den gegebenen Umständen die beste gewesen sei.

„Gazette de Lausanne" sagt, man könne noch nicht beurteilen, ob die Koalition erhalten bleibe. Sie betont aber, daß zwar die Bourgeoisie sich nach rechts gewandt habe, daß aber der starke Stimmzettel der Linksparteien beweise, welche gewaltige demokratische Masse es in Deutschland gebe. Mit dieser müsse jede Regierung rechnen. Die Zukunft der Demokratie in Deutschland hänge im gegenwärtigen Augenblick von der Klugheit der Linksparteien ab und besonders von der Mäßigung der Unabhängigen.

„Journal de Genève" befürchtet eine Trennung in einen bürgerlichen konservativen und einen bis zur äußersten Linken gehenden Block, was zu scharfen inneren Kämpfen führen und aus Deutschland eine gefährliche Quelle der Beunruhigung für ganz Europa machen würde.

Halb Rußland hungert!

Feststellungen der englischen Abordnung.

Rotterdam, 10. Juni. Wie „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, sagte der Führer der englischen Arbeiterabordnung, die die russischen Zustände untersucht hat, u. a. noch, die Bolschewisten hätten zugegeben, daß während der Schreckenszeit ungefähr 8500 Menschen hingerichtet worden seien. Diese Schreckensherrschaft sei jetzt zu Ende; aber die Todesstrafe sei für Spionagefälle wieder eingeführt. Rußland leide Mangel an Lebensmitteln, Kleidung, Rohstoffen und Transportmitteln. 50 Prozent der Einwohner hungern. Gegen epidemische Krankheiten, besonders gegen Typhus und Pocken werde ein Verzweiflungskampf geführt.

Ben Turner berichtete weiter, bei Beginn der polnischen Offensive hätten die russischen Sozialrevolutionäre, die mit den bolschewistischen Theorien über Sozialismus und persönliche Freiheit nicht einverstanden seien, die Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt und zusammen mit den Menschewiki beschlossen, die bolschewistische Regierung zu unterstützen, bis der Krieg mit Polen beendet sei. Die Regierungen von Europa hätten einen großen Fehler begangen, als sie das polnische Abenteuer unterstützten.

Turner erklärte, die Delegation werde in ihrem Bericht empfehlen, die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen und jede Hilfe an Polen und andere Länder, die gegen Rußland auftraten, einzustellen.

Amsterdam, 10. Juni. Lloyd George sagte gestern im Unterhaus, die Frage der auswärtigen Schulden Rußlands sei zwischen der Regierung und den Sowjetvertretern besprochen worden.

„Die Organisation der Roten Armee." Die „Deutsche Tageszeitung" veröffentlicht einen angeblichen Plan zur Organisierung einer Roten Armee. Der Plan sieht genau so aus, als ob er von einem Kapp-Offizier in Verbindung mit einigen „zuverlässigen K.-A.-P.-D.-Leuten ausgearbeitet wäre zu dem Zweck, in der „Deutschen Tageszeitung" veröffentlicht zu werden. Vernünftige Arbeiter können daraus ersehen, wie alle Spielereien mit „Roten Armeen" nur den höheren Zwecken der Reaktion zu dienen bestimmt sind.

Groß-Berlin

Das Holzhaus.

Auf einem kleinen freien Platz zwischen hohen und dunklen Hausmauern war seit Jahren ein kleines Holzhaus aufgestellt, das dem Zweck dienen sollte, alle, die es nach einem eigenen Hause gelüstet, zum Kaufe eines solchen Holzhäuschens anzuregen.

Es war das für viele eine sehr angenehme und freundliche Aussicht, denn das besagte Häuschen hob sich sehr anheimelnd aus der Schwärze der umgebenden Mauern heraus. Es war mit schönen bunten Farben gemalt, wie es die Nordländer in ihren Häusern lieben, und vorn gewährte ein Blick durch die Veranda Einsicht in die drei kleinen Zimmer, so daß man es sich in Gedanken bereits ganz nach Belieben einrichten konnte. „Hier, das könnte eine Schlafzimmer werden und da würde gerade der große Schrank hineinpassen und da wäre auch Platz genug für die Kinderbetten und den großen Tisch".

So dachten viele Leute, die regelmäßig vorübergingen und immer noch Zeit genug hatten, einen Augenblick stehen zu bleiben und eine kleine Zukunftshoffnung zu nähren. Denn es war so praktisch, man konnte dieses Haus überall hinstellen. Es paßte in jede Landschaft, an jeden Waldesrand; es war überallhin versetzbar, wo sich nur ein Stück freien Bodens finden ließ.

Dann war der Preis nicht hoch (er stand angeschrieben). Man genügte, jeden Monat etwas zurückzulegen, um nach einem Beschluß sich das ganze hübsche Ding kaufen zu können. Viele rechneten schon und sparten im stillen.

Dann wurde das Haus teurer. . . . Nun, es würde eben etwas länger dauern, bis man es wirklich hatte.

Dann wurde es wieder teurer und nochmal, bis die Jahre vorbeigingen, denn von dem gesparten Geld konnte sich lange andere Dinge kaufen, so z. B. einen Anzug, der jetzt ebensoviel kostete, wie einst das ganze Haus.

Aber das Haus stand doch noch da; es wurde nicht mehr teurer, das war ein Trost; es konnte sogar billiger werden. . . Dann war es eines Tages fort, ganz fort und wo es stand, war ein grauer Fleck im Sand. Die Leute, die vorübergingen und sich Pläne gemacht hatten, erschraken. Irgendwo soll es ja noch mehr Holzhäuser geben; aber gerade dieses Haus, an das man sich so gewöhnt hatte, das so gut gepaßt hätte. . . . Die schwarzen Mietskasernenmauern starrten ehern. Die Leute gingen fortan mit einer erdrückten Hoffnung vorüber, grimmig und schürzten die Lippen. K.

Zwei Abschlachtungen.

Die gestrige Berliner Stadtverordnetensitzung wird von der „Deutschen Tageszeitung" in ihrem Sitzungsbericht ein „Spektakelstück" genannt. Die Bezeichnung ist zutreffend, freilich in anderem Sinne als in dem von diesem deutschnational-agrarischen Blatt gemeinten. Zu Spektakelstücken sind immer mehr die Berliner Stadtverordnetensitzungen geworden, weil die Parteifreunde der „Deutschen Tageszeitung" jede Gelegenheit zur Anzettelung von Krakeleien benutzen. In diesem Punkt wetteifern sie mit den Unabhängigen, die wie sie das Rathaus aus einer Stätte ernster Arbeit zu einem Tummelplatz für Agitationsredner gemacht haben.

Ein Spektakelstück hatte die aus Deutschnationalen und Deutschvolksparteilern bestehende „Bürgerliche Vereinigung" sich versprochen, als sie immer wieder nach Rechnungslegung über die kriegswirtschaftliche Lebensmittelversorgung der Stadt verlangte. Die Mannen des Stadtverordneten Pfarrer Koch hofften, durch die Höhe der Verluste zeigen zu können, daß die ihnen verhaßte Zwangswirtschaft schleunigst beseitigt werden muß. Gestern wurde ihnen durch Oberbürgermeister Wermuths Mitteilungen über die verhältnismäßig geringen Verluste (12 Millionen bei 4 Milliarden Umsatz bis Mitte 1919, d. h. auf je 1000 M. Umsatz 3 M. Verlust) das Konzept so gründlich verdorben, daß Herr Koch selber seine „Ueberraschung" staunend eingestand und dann in dem an ihm bekannten klobigen Ton über „Schönfärberei" schimpfte. Der Oberbürgermeister vollzog an dem deutschnationalen Spektakelmacher die gebührende Abschlachtung.

Ein ähnliches Schicksal mußte ein Unabhängiger, der Stadtrat Weise, über sich ergehen lassen. Man wollte der vollbesetzten Tribüne, die diesmal hauptsächlich von Bureauhilfskräften des Magistrats besucht war, wieder einmal zeigen, daß „einzig und allein die Unabhängigen" jede Lohnforderung ohne Zaudern bewilligen. Herr Weise aber mußte sich sagen lassen, daß in der Großen Deputation bei den Beratungen über den Tarif der Bureauhilfskräfte auch er den Schiedsspruch für unannehmbar erklärt hatte. Die Leser der „Freiheit" erfahren aus ihr von dieser an dem Führer der Unabhängigen vollzogenen Abschlachtung nichts. Auch über die Festnagelung der Lügen des unter den demonstrierenden Bureauhilfskräften verteilten Handzettels, der für die Stadtverordnetenwahl vom 20. Juni die Liste der Unabhängigen empfahl, gleitet die „Freiheit" mit einer nichtssagenden Bemerkung hinweg.

Deutschnationale und Deutschvolksparteiler wie Unabhängige sind in dieser Stadtverordnetensitzung nicht auf ihre Rechnung gekommen. Am 20. Juni sollen die Wähler ihnen die Quittung geben.

Der Uebergang zur Einheitsgemeinde.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth fand gestern vormittag im Berliner Rathause eine Zusammenkunft der Bürgermeister und sonstigen führenden Persönlichkeiten aller Groß-Berliner Gemeinden statt. Es handelte sich um eine erste allgemeine Aussprache, die einen Ueberblick über die zur Durchführung des Gesetzes Groß-Berlin erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen geben sollte. Bestimmte Beschlüsse konnten natürlich noch nicht gefaßt werden; die Besprechungen sollen bis zur Wahl des neuen Magistrats von Zeit zu Zeit wiederholt werden. — Die Gemeinden Groß-Berlins sind vom Magistrat Berlin, wie bereits mitgeteilt, aufgefordert worden, ihren Voranschlag für 1920 als Unterlage für den ersten Gesamthaushaltsplan des neuen Berlin einzureichen, auch wenn die Einnahmen und Ausgaben mangels genügender Deckung nicht ausgeglichen werden können.

Im Kampf mit Einbrechern getötet.

Zu einem schweren Kampfe kam es in der vergangenen Nacht am Kottbuser Ufer zwischen zwei Polizeiwachtmeistern und Einbrechern. Auf dem Grundstück 12—15 befinden sich Stallungen und Lagerplätze, u. a. der Lagerplatz der Eisenhandlung von Emil H. Wolff mit dem Hauptkontor. Auf dem Grundstück wohnt neben den Stallungen nur eine Fuhrmannswitwe. Die Eisenhandlung von Wolff hat erst neuerdings zur Sicherheit ihres Eigentums eine Lärmvorrichtung anbringen lassen. In der vergangenen Nacht um zwei Uhr schlug die Glocke an. Ein Einbrecher hatte den Schlüssel in das Schloß der Kontortür gesteckt und so die Vorrichtung in Tätigkeit gebracht. Die Diebe waren also unbemerkt schon auf den Platz gelangt. Zwei Polizeiwachtmeister, die des Weges kamen, hörten die Lärmglocke und eilten herbei. Bevor sie jedoch das Grundstück betreten konnten, erhielten sie vom Zaun her Feuer. Ein Helfershelfer der Einbrecher, der Schmiere gestanden haben muß, hat diesen wahrscheinlich ein Zeichen gegeben, daß Gefahr droke. Polizeiwachtmeister Gilbert aus der Ratiborstraße 13 erhielt drei Schüsse und brach auf der Stelle tot zusammen. Sein Kamerad, Polizeiwachtmeister Predel wurde ebenfalls schwer getroffen. Beamte der Sicherheitspolizei, die auf die Schüsse hin herbeieilten, fanden den Toten und den Schwerverletzten auf. Bei ihnen lagen Patronenhülsen. Die Beamten müssen also das Feuer erwidert haben. Ob von den Verbrechern jemand verletzt ist, weiß man aber noch nicht. Wahrscheinlich haben sie aus Deckung geschossen. Die Sicherheitsbeamten ließen den schwerverwundeten Wachtmeister Predel nach dem Krankenhaus bringen. Gilbert wurde nach der Rettungsstelle am Görlitzer Bahnhof gebracht. Hier konnte aber der Arzt nur noch den Tod feststellen. Die Sicherheitsbeamten suchten das Grundstück nach den Einbrechern ab, fanden aber niemand mehr. Bei zwei Verhaftungen, die kurz darauf vorgenommen wurden, ist man auch nicht sicher, ob es sich tatsächlich um die Einbrecher handelt, die auf die Wachtmeister geschossen haben. Der verletzte Polizeibeamte Predel liegt so schwer danieder, daß er noch nicht vernommen werden konnte.

„Zahle bargeldlos!" predigen alle möglichen Behörden. Das Preußische Statistische Landesamt ist eine Behörde, die selber noch dieser Mahnung bedarf. Die Kasse des Landesamts hat ein Postscheckkonto, macht aber gegenüber den statistischen Heimarbeitern keinen Gebrauch davon. Die Lohnbeträge werden ihnen durch Postanweisung zugeschickt, und auch Wünsche auf Ueberweisung an eine Sparkasse bleiben unberücksichtigt. Zeitweise geht die Zahl der Heimarbeiter des Statistischen Landesamts in die Hunderte, die Postanweisungen können also im Jahre nach Tausenden zählen. Natürlich schmälern die teuren Postgebühren den sauer verdienten Lohn. Ist es denn so furchtbar schwer, sich aus einem ausgefahrenen Geleise herauszuappeln?

Neukölln. Das Säuglings- und Mütterheim, dessen Bau die Gemeindebehörden im Februar vorigen Jahres beschlossen, sollte nach dem damals aufgestellten Voranschlag 1 200 000 M. kosten. Inzwischen sind die Baustoffpreise und die Arbeiterlöhne so gestiegen, daß die Baukosten, die Anfang vorigen Jahres erst das Dreifache des Betrages aus der Zeit vor dem Kriege waren, heute bereits das Zwölf- bis Dreizehnfache erreicht haben. Der Magistrat berechnet jetzt die Baukosten auf 5 000 000 M. und fordert daher Nachbewilligung von 3 800 000 M.

Gewerkschaftsbewegung

Die Entlohnung der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter im Jahre 1919.

In der Oeffentlichkeit ist durch die rechtsstehende Presse die Meinung verbreitet, daß die Bergarbeiter durch ihre Forderungen die Schuld an den hohen Kohlenpreisen trügen. Daß dem nicht so ist, zeigen die amtlichen statistischen Zahlen. Nach dem Bericht über die Löhne der Braunkohlenarbeiter im Oberbergamtsbezirk Halle waren im 4. Quartal 1919 79 185 Arbeiter beschäftigt. Auf einen Arbeiter entfallen 77 Schichten im Quartal. Verteilt auf die einzelnen Gruppen sind folgende Löhne je Arbeitsschicht verdient worden:

Gruppe	Zahl der Beschäftigten	Durchschnittslohn je Schicht
eigentl. Bergarb. (unterirdisch)	6 835	22,09 M.
" (Tagebau)	27 873	18,27 "
sonstige " (unterird.)	8 405	18,18 "
" (Tagebau)	7 127	17,78 "
über Tage Beschäftigte	27 715	17 67 "
Arbeiterinnen	4 988	10,57 "
Jugendliche unter 16 Jahren	1 74	7,82 "
Durchschnitt	79 185	17,46 M.

Nach dieser Zusammenstellung haben nur 6835 Arbeiter einen Lohn von über 20 M. je Schicht verdient. Alle übrigen blieben weit unter diesem Verdienst. Es wird wohl niemand zu behaupten wagen, daß bei den im 4. Quartal herrschenden Lebensverhältnissen die Löhne ausreichten, um die Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Noch krasser tritt die Unzulänglichkeit in die Erscheinung, wenn man sich den Durchschnittsverdienst je Schicht im ganzen Jahr ansieht. Nach demselben amtlichen Bericht waren im Durchschnitt im Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Halle 69 150 Arbeiter beschäftigt. Durchschnittlich sind von einem Arbeiter 301 Schichten verfahren worden. Je Arbeitsschicht wurde verdient:

Gruppe	Zahl der Beschäftigten	Durchschnittslohn je Schicht auf 1 Arbeitnehmer M.
eigentl. Bergarb. (unterird.)	5894	16,67
" (Tagebau)	23857	14,41
sonstige Bergarb. (unterird.)	8643	13 80
" (Tagebau)	5739	14 17
über Tage Beschäftigte	24183	13,84
Arbeiterinnen	5825	8,22
Jugendl. unter 16 Jahren	1050	6,22
Durchschnitt	69150	18,07

Nur 5894 Arbeiter erzielten einen Durchschnittsverdienst von über 16 M. auf die Schicht; alle übrigen blieben darunter. Dabei muß noch beachtet werden, daß diese Löhne auch die Zuschläge für Sonntagsarbeiten enthalten und in Wirklichkeit also noch etwas niedriger sind.

Die Statistik widerlegt aber auch die verbreitete Ansicht, daß die Braunkohlenarbeiter durch viele Streiks und Fernbleiben von der Arbeit das Wirtschaftsleben sabotiert hätten. Wenn jetzt in Unternehmerkreisen für Reduzierung der Löhne stark Propaganda gemacht wird, so zeigen die Zahlen, daß der Lohn mit den wirtschaftlichen Verhältnissen erst in Einklang gebracht werden muß.

Sie können auch anders!

Bei den Tarifverhandlungen wird seitens der Unternehmer oftmals beweglich darüber geklagt, daß jetzt zu wenig gearbeitet werde. Besonders stark wurde diese Ansicht von den Herren der Metallindustrie vertreten. Sie brachten das ja auch äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß sie für die Angestellten in ihrem Vorschlag die 48stündige Wochenarbeitszeit festsetzten. Seltsam berührt es dagegen, von dieser notwendigen Arbeitsleistung und Arbeitssteigerung nichts zu hören, wenn es gilt, lästig werdende Mitglieder der Betriebsvertretungen zu maßregeln.

Die Firma Maffei-Schwartzkopff beschäftigt in ihrer sogenannten Marineabteilung zur Erledigung der notwendigen Abrechnungen für Marinelieferungen zwei Angestellte. Der eine war Obmann des Angestelltenausschusses und hat sich für die Interessen der Angestellten besonders eingesetzt. Er ist wohl ohne weiteres als ein besonders hochwertiger Angestellter anzusehen, wenn man ihm so schwierige Abrechnungen, die Millionenwerte betreffen, überläßt. Aber weil er eben energisch die Kollegenschaft vertrat, suchte man ihn loszuwerden. Man kündigte ihm. Ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses hob diese Kündigung auf. Die Firma erkennt aber — ordnungsgemäß wie sie nun einmal ist — diesen Schiedsspruch nicht an, und stellt den Angestellten, wie es in der militärischen Sprache heißt, zur „Disposition", man bezahlt ihn, beschäftigt ihn aber nicht.

Der Vertreter dieses Angestellten hat sich wohl auch irgendwie unbeliebt bei der Firma gemacht. Man hat auch ihn unter einem nichtigen Vorwande zur „Disposition" gestellt. Durch die Nichtbeschäftigung dieser beiden Angestellten ist die ganze Abrechnungsabteilung lahmgelegt. Der Firma entsteht großer Schaden, weil sie nun von den Marinebehörden kein Geld bekommt und außerdem noch Zinsenverlust hat. Aber auch dem Staate erwächst hieraus kein Nutzen, denn er ist gezwungen, solange eine große Zahl von Beamten zu behalten, die vielleicht anderswie beschäftigt werden könnten, bis diese Abrechnungen endgültig erfolgt sind.

Die Behörden müßten eigentlich ein Interesse daran haben, zu untersuchen, woran es liegt, daß diese Abrechnungen sich so verzögern.

Einmal schreit man, nur Arbeit kann uns retten, und dann andererseits läßt man die Arbeit haufenweise liegen, wenn es sich darum handelt, einem Angestellten zu zeigen, welche Macht der Unternehmer auch heute noch besitzt.

Konflikt in den Buchbindereien.

Die in den Berliner Buchbindereien beschäftigten Arbeitnehmer hatten Forderungen an die Arbeitgeber gestellt, die im wesentlichen darauf hinausliefen, daß in den Buchbindereien die gleichen Löhne gezahlt werden, die die in den Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder erhalten. Die Arbeitgeberorganisation hat diese Forderung abgelehnt, aber in Aussicht gestellt, daß sie zu Lohnaufbesserungen bereit sein würde, wenn die Arbeitnehmer sich bereit erklären, statt der jetzt üblichen 46 Stunden wöchentlich 48 Stunden zu arbeiten. Dies Ansinnen wird von den Arbeitnehmern mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die allgemein herrschende Stimmung ist die, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit mit den schärfsten Mitteln zurückgewiesen werden muß, daß aber ebenso entschieden auch eine Aufbesserung der Löhne gefordert wird. Das ablehnende Verhalten der Unternehmer hat in verschiedenen Betrieben Konflikte zur Folge gehabt, die jedoch nicht zur Arbeitsniederlegung, aber zu vorübergehenden Störungen führten.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsgruppe Groß-Berlin. Am Dienstag, den 15. Juni, nachm. 6 Uhr, findet im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, die Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. Mai 1920 statt. Tagesordnung: 1. Bericht der provisorischen Ortsverwaltung. 2. Fortsetzung der Rednerliste vom 30. Mai. 3. Wahl der ordentlichen Ortsverwaltung. 4. Verwaltungsangelegenheiten. Kollegen, es ist unbedingte Pflicht eines jeden Mitglieds, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Ohne ordnungsmäßig geführtes Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wirtschaft

Fortschreitende Vergesellschaftung.

Neun Nordhäuser Tabakfabriken haben sich zu einer Aktiengesellschaft mit 10,3 Millionen Mark Grundkapital zusammengeschlossen. Durch entsprechende Verträge sind Sicherungen geschaffen, so daß schädigende Zwischenfälle durch Austritt einer Firma usw. ausgeschlossen sind.

Warum kein Einspruch gegen die Holzausfuhr?

Die Zentralstelle für Ein- und Ausfuhrbewilligung hat in der Holzindustrie auf Drängen aus Interessentenkreisen und mit Rücksicht auf die veränderte Geschäftslage beschlossen, das Ausfuhrkontingent von Schnittholz wesentlich zu erhöhen. Man spricht von etwa 450 000 Kubikmetern, die im laufenden Vierteljahr freigegeben werden sollen. Hiervon dürften etwa 65 Proz. auf West- und Mitteldeutschland und 35 Proz. auf Nord- und Ostdeutschland entfallen. Fraglich ist indessen, ob eine Ausfuhr bei dem augenblicklichen Stande der deutschen Mark möglich ist. Es wird allerdings berichtet, daß in Holland die Holzpreise etwas angezogen haben. In Fachkreisen beurteilt man trotzdem die augenblicklichen Holzausfuhrmöglichkeiten zweifelhaft.

Welchen ausschlaggebenden Einfluß die Interessenten in den Selbstverwaltungskörpern ausüben, zeigt obige Mitteilung. Es ist unverständlich, daß die Arbeitervertreter gegen eine Holzausfuhr bei dem gewaltigen Mangel an billigem Holz nicht den schärfsten Protest eingelegt und sich an die Oeffentlichkeit gewandt haben. Nur um nicht ohne erhebliche Verdienste die Vorräte zu verkaufen oder um nicht Verluste zu erleiden, nachdem die Holzhändler riesenhafte Verdienste gehabt haben, wird das im Augenblick infolge Uebertreuerung im Verhältnis zur Marktlage unverkäufliche Holz ins Ausland gebracht. Wo bleibt da der Schutz der volkswirtschaftlichen Interessen? Dasselbe, was sich in der Schuhindustrie abgespielt hat, geht jetzt auch hier vor sich auf Kosten der Gesamtbevölkerung. Wenn das Holz nicht absetzbar ist, dann soll es der Staat beschlagnahmen, damit die Siedlungsgenossenschaften und die Tischlereien für Möbel usw. billigeres Holz erhalten. Es muß immer wieder mit Bedauern festgestellt werden, daß die Arbeitervertreter mit den Unternehmern Hand in Hand gehen, sich nur von der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für sich bei ihren Entschlüssen lassen ohne Rücksicht auf die Gesamtinteressen. Pflicht der Arbeitervertreter ist es, sich in solchen Fällen an den Gewerkschaftsbund zu wenden, damit dieser mit der Regierung einen Interessenausgleich

—eftr.

Die Betriebseinschränkungen in der Holzindustrie. Die Lage am Holzmarkt hat bereits an verschiedenen Stellen dazu geführt, daß Holzhandlungen, die sich im Einkauf zur Zeit der stärksten Aufwärtsbewegung übernommen hatten, Angst- und manchmal auch Notverkäufe vorgenommen haben. Erheblich sind diese Mengen nicht. Sie können schon deshalb kaum ins Gewicht fallen, weil die Aufnahmefähigkeit der holzverarbeitenden Industrien zurzeit sehr gering ist. In den großstädtischen Tischlereien und in den Möbelfabriken draußen im Lande wird vielfach nicht mehr die bis zum Kapp-Putsch üblich gewesene Arbeitszeit innegehalten. Die Betriebe sind wesentlich eingeschränkt worden, da die Läger fertiger Möbel keine Erleichterung durch Bestellung finden. Es gehen im Gegenteil Streichungsaufträge ein. Auch in der Stuhlindustrie liegen die Verhältnisse ähnlich. Vielfach werden die Abschlüsse aufgehoben, da die Besitzer der Bestände lieber über ihre Warenläger verfügen, als Kapitalsforderungen haben wollen, die zurzeit schwer eintreibbar sind. Die schlechte Zahlungsart gibt überhaupt augenblicklich dem Holzmarkt ein besonderes Gepräge. Verpflichtungen werden nur zum Teil innegehalten, zum Teil schleppend erfüllt. Auch ist es vorgekommen, daß Holzhandlungen um einen zehnwöchentlichen Aufschub der Zahlungsverpflichtungen gebeten haben. Heute setzt sich die Stockung, die tatsächlich besteht, wie eine Welle fort. Die Preise zeigen eine absteigende Richtung, der Preisrückgang vollzieht sich jedoch allmählich, und man kann jetzt die durchschnittlichen Forderungen für gute unsortierte Stammware auf etwa 1200 M. beziffern. Daß höhere Forderungen von kapitalkräftigen Firmen gestellt werden, ist selbstverständlich, wie auch etwas niedrigere Preisstellungen vorkommen. Am stärksten zeigt sich die Schwäche des Marktes bei bestimmter Ware. Hier hat das große Angebot aus der Tschecho-Slowakei, das in letzter Zeit allerdings wieder nachgelassen hat, wesentlich eingewirkt.

Die Hauptsache ist, daß die Grenze nicht aufgemacht wird, damit die Inlandspreise zu einer erheblichen Senkung kommen. Wie ungeheuer dringend eine geordnete Produktion im sozialistischen Sinne ist, zeigen die jetzigen Marktvorgänge klar und deutlich. Ob sich die Arbeiterschaft und ihre Betriebsräte jetzt ihren Aufgaben gewachsen zeigen werden?

Bildung eines Wirtschaftsverbandes für Rohteer und Teererzeugnisse. Zur Regelung der Teerwirtschaft wird, laut „Reichsanzeiger" Nr. 125, ein rechtsfähiger Selbstverwaltungskörper gebildet, der die Bezeichnung „Wirtschaftsverband für Rohteer und Teererzeugnisse" erhält (Wirtschaftsverband). Dem Wirtschaftsverband gehören Vertreter der Rohteererzeuger, der Rohteerverarbeiter, des Handels und lebenswichtiger Verbraucherkreise an. Der Wirtschaftsverband hat folgende Organe: Vollversammlung, Ausschüsse, Vertrauensmann. Weiterhin werden in dem Gesetz die nähere Zusammensetzung, die Pflichten und Befugnisse des Verbrauchs und seiner Organe erläutert.

Die Verbraucher wehren sich!

Wir berichteten über die Over-all-Bewegung in den Vereinigten Staaten. Aehnliches wird jetzt auch aus Buenos Aires mitgeteilt:

Ein keineswegs erstklassiger Anzug kostet hier 180 bis 200 Pesos Papier, d. h. nach dem gegenwärtigen Kurs rund 3800 M., während bessere Kleider noch vor ungefähr einem Jahre für die Hälfte erhältlich waren. Da die Gehälter der Angestellten, Kaufleute und Beamten in keiner Weise mit der allgemeinen Preissteigerung, die bei Mieten, Lebensmitteln und Kleidern zu beobachten ist, Schritt halten, ist gegenwärtig eine große Bewegung im Gange, um den Bekleidungsspekulanten ein Schnippchen zu schlagen. Die Beamten großer Betriebe, Studenten, Schüler des Nationalkollegs, die Angestellten der Deutschen Elektrizitätsgesellschaft und zahlreicher anderer Etablissements haben den Beschluß gefaßt, vom 1. Juni ab bei der Arbeit wie auf der Straße nur noch den sogenannten „billigen Anzug (traje economico) zu tragen, ein einheitliches Bekleidungsstück, ähnlich, wie es die nordamerikanischen Arbeiter und Mechaniker anzulegen pflegen, mit dem einzigen Unterschied, daß der Schnitt etwas eleganter ist. Obgleich diese Protestbewegung erst in ihren Anfängen steckt, hat sie doch rasch Anklang gefunden; aus allen Provinzen kommt die Kunde, daß man dort das von der Hauptstadt gegebene Beispiel nachahmen will. Indessen hatte sie auch noch eine andere Folge, die die Organisatoren wohl kaum erwartet hatten: Die Spekulation hat sich sofort der Gelegenheit bemächtigt, und schon jetzt ist ein Heraufschnellen der Preise für den „billigen" Anzug zu beobachten, so daß es wohl bald dahin kommen kann, daß dem eigentlichen Arbeiter seine Anschaffung unmöglich wird.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 12. Juni.

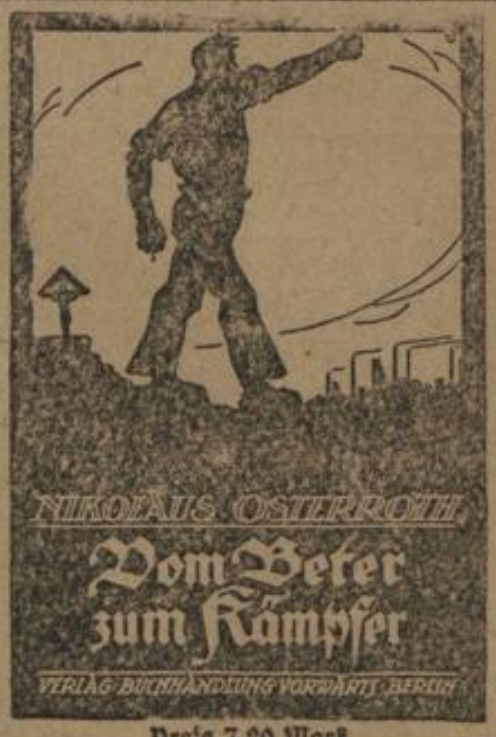
21. Abt. Funktionärversammlung. 7 Uhr, bei Pfeffer, Hausburgstraße 2. Tagesordnung: Wichtige Besprechung.

31. Abt. 7 Uhr bei Goldschmidt, Stolpische Straße 36: Sitzung sämtlicher Zugführer und Beisitzer.

Schmargendorf. Zahlabend, 7 Uhr, im Schützenhaus, Hundekehlenstraße.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Jeder Eisenbahner liest!!
zur Förderung seiner beruflichen Kenntnisse die amtliche, von den höchsten Stellen im Eisenbahnwesen empfohlene Hochschulzeitung
Mitteilungen der Fach- und Freien Hochschulen für Eisenbahner.
Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen. Konkurrenzlose Fachzeitung.
Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahnwesen. — Die Entwicklung der Siemenswerke. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. — Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen in Eisenbahnwerkstätten. — Der Luftdruck, das Barometer. Die Verwandlung von flußeisernen Lokomotiv-Feuerbüchsen — Gleichförmige Bewegung, Beharrungsgesetz, freier Fall, Kraft, Masse und Gewicht.
Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband 4 M. pro Vierteljahr, durch die Post 3 M. zuzügl. 30 Pf. Bestellg. Für Vereine billiger. — Probenummern kostenlos.
Anerkannt vorzügliches, wirkungsvolles Insertionsorgan.
Inserate in den „Mitteilungen" haben nachweisbar den größten Erfolg; die Leserschaft setzt sich nachweisbar aus sämtlichen Eisenbahndirektionen, Aemtern, Verbänden und über 12 000 Hörern der Fachhochschulen zusammen, die kaufkräftige Klasse der Eisenbahner verbürgt einen sicheren.
Von d. höchsten Eisenbahnstellen z. Insertion empfohlen.
Verlag A. Wesemann, Berlin SW 11/150, Königgrätzer Straße 109.
Telephon: Kurfürst 4013. Drahtanschrift: Diwesanwo.



Preis 7,20 Mark
Sanatorium Feldberg i. Mecklb.
Nerven, innere, Stoffwechselkranke, Erholungsbedürftige
Prospekte. 2906 S.-Rat Dr. Kausch.

Sommersprossen schwind. überraschend schnell durch Künsti. Höhensonne nach unser. bekannt. Verfahr.
Künstlich. Höhensonnenbad „Aktis" Berlin-Alt-Moabit Platz 6 A.
U.-strahlung, 6, am Ab. 5 M.

Hebamme. Betriebsapparate Auskunft. Preuß. Drunnenstr. 76

Elektro-Motore Leitungs-Dynamo-Bürsten Isolations-Material sowie laufend Elektromech.-Zentrum. (Alleg. 4782). Kurze Str. 18 (Alex-Pl.).

Verkäufe

Anzüge und Paletots verkauft zu sehr billigen Preisen Fenzel-Leihhaus Jüdenstraße 71.

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat. Wagner, Cöpenickerstraße 71.

Kronleuchter, Glaskronleuchter, Nottüchen und alle anderen Polsterarten, Taschentuchern, Brillanten, Silberwaren enorm billig. Linienstraße 208/1, Ecke Rosenthalerstraße, 1 Treppe.

Sie finden schon von 400 Mark aufwärts erstklassige Jackettanzüge, Cutowanzüge, Sommerpaletots, prima Kammgarnhosen ebenfalls spottbillig nur bei Lieb, Muskauer 65, parterre, Nähe Bahnhof.

Möbel

Jetzt: geteilgene Wohnzimmer mit Betten nur 1897, 2253, 2810 Mark. Einzelmöbel, viel Gelegenheitskäufe. Möbelhaus Brunnenstraße 160, Eingang Ackerstraße. 127.*

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Bohm, Münzstraße 16. 1898

Gitarren, Mandolinen, Violinen, Guitarren, Lauten, Zithern, Zubehörteile, Unterricht, Zubehörteile, Preisliste gratis. Hermann Decker u. Co., Leipziger 135. 1868

Flügel, neue, gute gebrauchte, stets Gelegenheitskäufe, Schiffbauerdamm 5. 758*

Gesuche

Kaffee, einzelne Bohnen, Messing, Blei, Zahnstift, Zahngold, Zahnersatz, Stiftzähne, Silber, Platin, Gold, Ellaffer. 1898*

sowie sämtliche Metalle kauft zu konkurrenzlosen Preisen Hütte 19. 1098*

Wertpapiere, Effekten, Coupons kauft, beleiht. Oranienstraße

Silberschmelze Christinenstr. Silberscheideanstalt 20 (neben der Mantelseidenstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, sämtliche Metalle.

Damenrad-Fahrrad. Herrenradgestell, Motorradgestell, Magnete, Kühlkörper, Preislagen, Konkurrenz. Große Frankfurterstraße 14. 1005*

Kurier! Messing! Zink! Quecksilber! Blei, Notguß usw.! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle kauft zu Schmelzpreisen „Metall-Fenteele" I. Brunnenstraße 11; 2. Fennstraße 48; 3. Bergstraße 20; 4. Bahnhofstraße 2 (am Anhalter Bahnhof); 5. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229.

Spiralbohrer kauft Werkzeughandlung Lutzmann 18, Lübeckerstraße 33.

Spiralbohrer S. S. kauft dauernd höchstzahlend 2—7 Uhr Schade, Schneidemühlerstraße 36.

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Salenta, Charlottenburg Stuttgarterplatz 2, Gartenhaus IV.

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse Herren-Damenschneiderei. Wäsche, Portefeuille, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigung Schnittmuster, Lehrplan kostenlos. Fernsprecher: Königstadt 222. 849

Kaufmännische Privatschule Georg Grunow, Belle-Alliance-Straße 106. Schönschreiben, Maschinenschreiben, Stenographie, Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Wechselkunde, Fachwissenschaften. Anmeldungen jederzeit. 1083*

Tanzschule Friedrich, Dresdenerstraße 82. Anfängerzirkel, Modetanzzirkel. 4070

Verschiedenes

Flechten. Leberflecke, Sommersprossen, Gallensteine, Wurmentfernung. Dr. med. Wittowski, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulusstraße 12.

Damen. Detektivin Norden 7219, Invalidenstr. 88. Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Beerdigung. 1748*

Nebenverdienst bis 1000 Mark monatlich leicht im Hause ohne Vorkenntnisse. Näheres auf briefliche Anfrage durch Wehrel u. Co., G. m. b. H., Lichterfelde, Postfach 220. 1007*

Nebenverdienst ergibt bei schriftlicher Anfrage Rathl, Schmargendorf, Sulzaerstraße 14. Rückporto. 1423

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Kontoristinnen, jüngere, mit schöner Handschrift sofort gesucht. Meldungen 12—2 Uhr mittags oder 5—6 Uhr abends. A. Jandorf & Co., Große Frankfurterstraße 113. 1891